



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0686890

1/KII/55 - 7. März 1957

Fritz Heine, Pressechef und Vorstandsmitglied der SPD hatte die Freundlichkeit, einige im Zusammenhang mit Erich Ollenhauers USA-Reise gestellte Fragen zu beantworten.

Als Begleiter Ollenhauers in den USA

Gute Arbeit für Deutschland

Herr Heine, Sie haben Herrn Ollenhauer bei seiner Informationsreise nach den USA und Kanada begleitet, haben an den meisten politischen Gesprächen teilgenommen und werden uns wohl daher am besten sagen können, welches die wichtigsten Ergebnisse dieser Reise sind. Zunächst eine allgemeine Frage, die sicher unsere Leser interessieren wird. Wie war die Atmosphäre bei den zahlreichen Empfängen und Gesprächen, bei denen die von Ollenhauer dargelegten Auffassungen der SPD zur internationalen Politik und besonders zu der Frage der Sicherheit in Europa im Mittelpunkt standen?

Die Atmosphäre bei den Gesprächen und Empfängen war ausgezeichnet. Es hat niemals eine heftige Auseinandersetzung, niemals eine scharfe Diskussion, es hat sehr häufig eine freie Aussprache gegeben. In einigen Fällen war es nur ein gegenseitiges Darstellen der beiden Standpunkte, ohne dass es zu einer Diskussion gekommen ist. In vielen Fällen hat sich eine weitgehende Übereinstimmung bei viel mehr Fragen ergeben, als wir das erwartet haben. Ich glaube, man sollte es nicht so sehen, dass zwei Auffassungen einander gegenübergestellt waren und dass es keine Brücken gab. Das Verbindende und das Gemeinsame war viel stärker, und das hat natürlich auch die Atmosphäre stark beeinflusst.

Ist es auch vorgekommen, dass man die Auffassungen der SPD einfach als undiskutabel erklärte?

Es ist überhaupt nicht vorgekommen, dass die Auffassungen der SPD als undiskutabel erklärt worden sind, das lag sowohl natürlich an den Gesprächspartnern wie auch vor allen Dingen an der Darstellung der Politik der SPD, so wie sie von Erich Ollenhauer gegeben worden ist, die man - auch wenn man bösen Willen hat - nicht als undiskutabel bezeichnen kann. Und ich habe eigentlich niemanden gefunden, dem man von vornherein diesen bösen Willen unterstellen kann. Es hat Meinungsverschiedenheiten - selbstverständlich - in einzelnen Punkten gegeben. Das gibt es hier und das gab es drüben.

Haben Sie feststellen können, ob für die amerikanischen Politiker, mit denen Sie sich unterhielten, das Deutschland-Problem und das Problem der Sicherheit in Europa "am Rande" oder im Mittelpunkt des Interesses stehen?

Das scheint mir eine besonders wichtige Frage zu sein. Wir haben immer wieder gefunden, dass das Problem der Sicherheit in Europa und das damit verbundene Deutschlandproblem ein wichtiger Punkt ist, ein ausserordentlich wichtiger Punkt und dass gar keine Rede davon sein kann, dass es als am Rande liegend behandelt würde. Das war deshalb so leicht und sicher festzustellen, weil sich in der Zeit der Anwesenheit von Erich Ollenhauer so wichtige Ergebnisse auf anderen Schauplätzen der Politik vollzogen, wie zum Beispiel in Kairo, dessen Probleme eigentlich die vordringliche Aufmerksamkeit aller Beteiligten in Anspruch nehmen sollten. Aber es hat sich gezeigt, dass auch in diesen Tagen mit grösster Aufmerksamkeit und grösstem Interesse die deutsche Frage und damit die europäische Frage behandelt worden ist.

Gehörte zu den Gesprächspartnern von Erich Ollenhauer auch der Abrüstungsexperte Stassen?

Ollenhauer hat ihn nicht gesprochen. Ob er nicht in Washington war oder ob es nicht vorgesehen war, können wir nicht sagen. Die deutsche Botschaft hat sich freundlicherweise bereit erklärt, die Mehrzahl der Gespräche zu vermitteln und dabei ist Stassen nicht gewesen.

Waren sich die anderen Gesprächspartner des Zusammenhangs zwischen der westdeutschen Aufrüstung und dem Weltproblem der allgemeinen Abrüstung bewusst?

Ja, selbstverständlich, denn Ollenhauer hat ja mit sehr vielen massgebenden Politikern gesprochen, die eine Einsicht in die Probleme haben und denen diese Zusammenhänge besonders klar sind. Einige Gesprächspartner waren überrascht, dass die Deutsche Sozialdemokratie die Fragen der Rüstungskontrolle, der Abrüstung, der kollektiven Sicherheit und der Wiedervereinigung genau wie sie als Ganzes betrachtet

Sind in Ihrer Gegenwart von Politikern oder Journalisten Vermutungen darüber geäussert worden, dass die SPD etwa eine Art "Schaukelpolitik" treiben könnte?

Nein, das Wort ist überhaupt nicht gefallen und dafür gilt das gleiche wie zu der Frage "Undiskutabel". Natürlich haben sich eine Reihe von Experten informiert und durch wiederholte Fragen haben sie den Versuch gemacht, herauszufinden, wie unsere Haltung zu Detailproblemen ist, um ein möglichst vollständiges Bild von unserer Politik zu gewinnen. In allen Fragen und Antworten ist nicht ein einziges Mal die Andeutung einer Schaukelpolitik gemacht worden. Ich glaube, dass eines der wesentlichsten Ergebnisse der Reise von Erich Ollenhauer war, dass schon durch sein Auftreten, schon durch seine Person, die Art wie er argumentiert hat, solche Vorstellungen, wenn sie bestanden haben sollten, von vornherein zerstreut wurden.

Wir stellten diese Frage, weil auch vor der Bundestagswahl 1953 von der Regierungspropaganda verschiedentlich der Versuch gemacht wurde, die SPD als - sagen wir einmal unzuverlässig darzustellen. Schon vor der Reise Ollenhauers war in verschiedenen

Zeitungen der Bundesrepublik der Hinweis enthalten, Ollenhauer werde wegen dieser Voreingenommenheit, die man vielleicht jenseits des Atlantik gegenüber der SPD hat, einen schweren Stand haben.

Aun, solche Vorwürfe und Verleumdungen der CDU werden dieses Mal wohl auch wieder kommen. Sie sind dieses Mal genauso unbegründet wie voriges Mal. Was die Amerikaner betrifft, so kann man wohl annehmen, dass sie im Gegensatz zu einigen Leuten in der Bundesrepublik inzwischen in diesen vier Jahren auch einiges über die sozialdemokratische Politik gelernt haben, was sie veranlasst, aufgeschlossener uns gegenüber zu sein als einige Leute in der Bundesrepublik.

Welche Argumente der SPD haben nach Ihrer Meinung am stärksten auf Ihre Gesprächspartner gewirkt?

Ich möchte es an einem Beispiel über den Gemeinsamen Markt zeigen. Erich Ollenhauer hat bei der Darstellung der Probleme des Gemeinsamen Marktes - wir bejahen das Prinzip - auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich insbesondere nicht nur durch die überseeischen Gebiete Frankreichs und anderer Länder, durch die Agrarpolitik und die Sorgen, die Holland und andere Länder dabei haben, sondern auch durch die Gefahr ergeben, dass die Zonengrenze zu einer Zollgrenze wird. Das ist ein Argument, das Ollenhauer in aller Sachlichkeit dargestellt hat und das ausserordentlich stark gewirkt hat und für alle Gesprächspartner, von Eisenhower angefangen, neu war. Sie wurden mit einem Problem vertraut gemacht, das es für sie einfach nicht gab. Hier liegt ein gewisses "Versagen" der Informationspolitik der Bundesregierung vor. Ich glaube, dass unter den Argumenten, die besonders stark gewirkt haben, die Frage der Sicherheit, der verkehrten Sicherheit für Deutschland und Europa, die durch den von uns vorgeschlagenen kollektiven Sicherheitspakt gegeben würde, eine besondere Rolle gespielt haben. Selbstverständlich ist die Wirkung auf die verschiedenen Gesprächspartner verschieden.

Halten Sie es für möglich, dass die Vorschläge der SPD zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas, wie sie Herr Ollenhauer in den Vereinigten Staaten und Kanada erläuterte, Gegenstand der politischen Diskussion geworden sind?

Dazu braucht man ja nur massgebende amerikanische Zeitungen zu lesen, die selbstverständlich offener als Regierungsbeamte ihre Meinung aussprechen. Die Meinung dieser Zeitungen stammt ja nicht aus irgendwelchen Illusionen, sondern basiert auf Diskussionen, die in Washington und Ottawa im Gange sind. Es ist ganz klar, dass solche Überlegungen, wie sie Erich Ollenhauer entwickelt hat, Gegenstand der politischen Diskussion in Amerika sind. Die ausserpolitischen Vereinigungen, die verschiedenen massgebenden Clubs, die verschiedenen sonstigen Organisationen, Universitäten und auch örtliche Stellen hätten Erich Ollenhauer zweifellos nicht eingeladen, wenn sie nicht an den Darstellungen und Vorschlägen der Sozialdemokratie interessiert gewesen wären. Dass man nicht jetzt von offizieller Regierungsseite ein Ja zu den Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie erwarten kann, ist selbstver-

7. März 1957

ständig. Dies ist auch nicht die Absicht Ollenhauers gewesen, als er nach den Vereinigten Staaten fuhr.

Sie sagten vorhin, dass die Tatsache des Nichtbekanntseins entscheidender sozialdemokratischer Argumente zur Politik der Wiedervereinigung und zur kollektiven Sicherheit in Europa zum Teil auf den Mangel gewissenhafter Information zurückzuführen ist. Meinen Sie damit die Informationspflicht durch die Bundesregierung?

Genau das. Wenn man sich die Publikationen der Bundesregierung, sei es das "Bulletin" oder andere Organe ansieht, kann man kaum je eine Wiedergabe, geschweige denn eine komplette oder faire Darstellung der sozialdemokratischen Auffassungen finden. Und wir haben auch nicht den Eindruck, dass in den Gesprächen der CDU-Politiker mit amerikanischen Politikern eine sachliche Würdigung oder eine sachliche Darstellung des sozialdemokratischen Standpunktes gegeben worden ist.

Dann können Sie sicher noch eine Frage beantworten im Zusammenhang mit diesem Komplex. Die Amerikaner haben doch natürlich auch ihre eigenen Informanten, seien es die offiziellen, seien es die inoffiziellen Pressekorrespondenten, ausserdem kommen viele Reisende aus der USA, um sich in Europa selbst zu unterrichten. Wie ist es zu erklären, dass auch diese offenbar nicht Kenntnis genommen haben von Beschlüssen der Sozialdemokratie auf den Parteitag oder von Reden Erich Ollenhauers im Deutschen Bundestag?

Ich würde nicht so verallgemeinernd sagen, dass sie alle das nicht getan haben. Es gibt eine überraschend grosse Anzahl von Korrespondenten, Politikern und Journalisten, die die sozialdemokratischen Auffassungen kennen und verstehen. Aber es gibt natürlich auch andere maßgebende Einflüsse von amerikanischer und von deutscher Seite, die verhindern, dass sozialdemokratische Auffassungen in voller Klarheit und vollem Wortlaut zur Kenntnis gegeben werden. Die Notwendigkeit der möglichst weitgehenden Information über den deutschen und über den sozialdemokratischen Standpunkt ist eines der Ergebnisse der Reise von Ollenhauer.

Hat man während Ihres Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten von Seiten Ihrer Gesprächspartner Hinweise auf die Tätigkeit der Viermächte-Arbeitsgruppe gegeben, die in diesen Tagen in Washington eine Art Bilanz der Vorschläge und Meinungen zur Wiedervereinigung Deutschlands ziehen wird?

Nein, das nicht. Die Tatsache der Arbeitsgruppe ist kurz angedeutet worden, aber es ist über die geplante Tätigkeit nichts gesagt worden. Es lag Ollenhauer ja vor allen Dingen auch daran, die Auffassungen der deutschen Sozialdemokratie darzustellen. Im übrigen ist ja die Tatsache des Zusammentretens dieser Arbeitsgruppe indirekt ein Ergebnis des ständigen sozialdemokratischen Drängens nach wirklichen Maßnahmen für die Wiedervereinigung. Genau so, wie ja auch diese Amerikareise Ollenhauers mit zum Ziele hatte, die Idee der Wiedervereinigung zu fördern.

Konnten Sie während Ihres Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten und Kanada den Eindruck gewinnen, dass im Gegensatz zu der Situation vor einigen Jahren jetzt neue Vorschläge zur Überwindung der

7. März 1967

Spaltung Deutschlands und Europas ernsthaft in Erwägung gezogen werden?

Da muss man als Vergleich wieder die Reaktion in der Öffentlichkeit heranziehen und gegenüberstellen, wie die Situation vor einigen Jahren war und wie sie jetzt ist. Es ist zweifelsfrei, dass heute die sozialdemokratischen Vorschläge, gleich welcher Art, sehr viel ernster und eingehender diskutiert werden, als das vor Jahren der Fall war, ganz zwangsläufig auch deshalb, weil ja sehr vielen Menschen auch drüben hier geworden sein dürfte, dass die bisherige Politik nicht zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und nicht zur Sicherung Europas entscheidend beigetragen hat. Wenn ich daran denke, dass Erich Ollenhauer vor einem Kreis von 6.500 Studenten und Professoren in der Universität von Berkeley in Kalifornien gesprochen hat und seine Darstellungen die grösste Aufmerksamkeit gefunden hatten, so ist das nur ein Beispiel von sehr vielen. Dazu kommt noch, dass er über Rundfunk, Fernsehsender und Zeitungen Millionen von Menschen erreicht und sie erstmalig mit der sozialdemokratischen Politik vertraut gemacht hat. Dies ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass wahrscheinlich auch drüben neue Vorschläge diskutiert werden, da ja das Gefühl dafür vorhanden ist, dass sie diskutiert werden müssen.

Es kommt doch wohl in Amerika sehr selten vor, jedenfalls ist hier darüber wenig bekannt, dass ein Oppositionsführer, wenn ich so sagen darf, ganz offiziell im Weissen Haus empfangen wird. Hat das in Amerika auch eine bestimmte Wirkung ausgelöst?

Das ist schwer von hier aus zu beurteilen, aber es ist zweifellos das erste Mal, dass ein deutscher Oppositionsführer oder ein sozialdemokratischer Führer im Weissen Haus empfangen worden ist und ein ernsthaftes ausführliches Gespräch mit dem Präsidenten gehabt hat. Die Tatsache dieses Gesprächs und der vielen anderen Gespräche, aber besonders dieses Gesprächs muss natürlich eine Wirkung auf die amerikanische Öffentlichkeit haben. Dafür sprechen schon die zahlreichen Reporter vom Rundfunk und Fernsehen, die am Schluss dieses Gesprächs zwischen Eisenhower und Ollenhauer zusammenkamen und ihre Nachrichten und Photos haben wollten.

Nun eine Frage, die uns hier in Deutschland besonders interessiert. Ist es richtig, dass der Deutsche CDU-Abgeordnete Kiesinger in den USA versucht hat, die Bedeutung der Reise Ollenhauers und seine Gespräche mit amerikanischen Politikern und Staatsführern durch abfällige Äusserungen in der Öffentlichkeit herabzumindern?

Uns ist von verschiedenen amerikanischen Journalisten und Politikern immer wieder die Frage gestellt worden, wieso es kommt, dass Herr Kiesinger stets vor oder nach dem Auftreten von Herrn Ollenhauer in praktisch denselben Orten anwesend war und Gespräche, Pressekonferenzen usw. abhielt. Herr Kiesinger hat uns am ersten Abend des Zusammentreffens in New York mitgeteilt, dass er von diesem zufälligen Zusammentreffen der beiden Reisen sehr peinlich berührt sei und dass er es bedaure, wenn der Eindruck entstehen würde, als wenn er vor oder hinter Erich Ollenhauer herläufe. Er habe selbstverständlich nicht eine solche Absicht, im Gegenteil, er habe einen Teil seines schon lange festliegenden und ursprünglich für das vorige Jahr vorgesehenen Besuchsprogramm gestrichen.

7. März 1957

um diesen Eindruck nicht zu erwecken oder noch besonders herauszustellen. Gewisse Aussagen von Kiesinger, in denen er seine kritische Stellungnahme zu der Politik der Sozialdemokratie wiedergegeben hat, liegen vor. Inwieweit es zweckmässig und dem deutschen Ansehen förderlich war, dass Herr Kiesinger in der gleichen Zeit und in den gleichen Orten gesprochen hat, möchte ich hier nicht untersuchen. Was den publizistischen und politischen Wert der Reise von Ollenhauer betrifft, so glaube ich nicht, dass sie durch die Reise des Herrn Abgeordneten Kiesinger eine Verminderung erfahren hat.

In den Vereinigten Staaten leben Zehntausende Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Herr Ollenhauer hatte an einem der ersten Abende vor einer solchen Vereinigung gesprochen. Sind aus diesen Reihen Klagen über eine schleppende Wiedergutmachung laut geworden und welcher Art waren diese Klagen? Sicher ist doch, dass von der Wiedergutmachung wesentlich das gute Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten als einem Pfeiler der Weltdemokratie abhängt.

Erich Ollenhauer hat einen ganzen Nachmittag Gespräche der sogenannten Claims-Konferenz gewidmet unter der Führung von Dr. Naham Goldmann und seinen Mitarbeitern. Die sehr knappe Zeit, die ihm zur Verfügung stand, hat er also zu einem Teil dazu benutzt, um diese für uns alle wichtige Frage der Wiedergutmachung und damit auch der Frage des deutschen Ansehens in der Welt und auch in den Vereinigten Staaten entsprechend zu widmen. Es ist ganz selbstverständlich, dass angesichts des Standes sowohl der Wiedergutmachung wie auch der Ansprüche von Ausländern an Deutschland eine Reihe von Klagen an Erich Ollenhauer herangetragen worden sind, Klagen, die er zum Teil, soweit sie substantiiert waren, wird überprüfen lassen, um, wenn möglich, für Abstellung der Ungerechtigkeiten zu sorgen. Darüber hinaus hat die Reise natürlich auch noch eine Reihe von Informationen über die Schwierigkeiten in Bezug auf die Wiedergutmachung ergeben, die für die Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sicher wertvolle Hinweise sein werden.

Halten Sie es nun auf Grund der Reise Ollenhauers für möglich, dass wir in den jetzigen Wahlkampf keine offene Parteinahme amerikanischer Politiker zu erwarten haben, wie es 1953 der Fall war, wo man ganz offen Adenauer unterstützte, weil man in der Sozialdemokratie so etwas wie eine Vorstufe zum Bolschewismus erblickte?

Das sind gleich mehrere Fragen auf einmal. Die Frage nach der Intervention der Deutschen und einer eventuellen neuen Intervention durch Persönlichkeiten und Stellen der amerikanischen Politik in diesen Wahlkampf ist wiederholt von Journalisten und anderen gestellt worden, und Erich Ollenhauer hat darauf immer eine präzise Antwort gegeben. Ich glaube nicht, dass eine Intervention in dem gleichen Sinne wie 1953 erfolgt. Ich glaube, dass wir in den vergangenen vier Jahren ja auch in dieser Beziehung eine gewisse Wandlung der amerikanischen Politik erlebt haben, und es ist zu erwarten, dass wir den Wahlkampf in Deutschland mit Argumenten aus Deutschland und nicht mit amerikanischen oder sonstigen ausländischen Interventionen durchzuführen können.

Ist die weltpolitische Brückenfakt, die den Vorsitzenden der Sozialdemokratie vorher durch Asien und nun in die Vereinigten Staaten geführt hat, abgeschlossen? Sind vor den Thoren noch

7. März 1957

einige Auslandsreisen vorgeschien, um den Standpunkt der deutschen Sozialpolitik zu Fragen der nationalen und internationalen Politik darzulegen?

Eine definitive Entscheidung über das Programm Erich Ollenhauers ist bis jetzt noch nicht getroffen worden. In der Vorstandssitzung vom 7. und 8. März in Berlin wird auch über diese Frage im Anschluss an die Berichterstattung über die Amerikareise gesprochen werden. Es kann sein, dass noch ein oder zwei Reisen den Oppositionsführer in das Ausland führen werden.

Haben die Ergebnisse der Ollenhauer-Reise Ihre Erwartungen gerechtfertigt?

Ich würde sagen, voll gerechtfertigt. Die Erwartungen waren, dass Erich Ollenhauer Gelegenheit haben würde, den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie darzustellen, und dass er außerdem die Möglichkeit haben würde, die Meinung der amerikanischen Politiker über die uns interessierenden Fragen zu hören. Darüber hinaus aber hat es, glaube ich, ein sehr wesentliches Echo in der Öffentlichkeit und in der Presse gegeben. Es war die Gelegenheit gegeben, Erich Ollenhauer kennen zu lernen, einen Eindruck von ihm zu gewinnen und diejenigen, die ihn kennen, die ihn näher kennen, wissen, dass eine solche Gelegenheit nur positive Resultate haben kann.

* * *

Kraftmaier Strauß

F.B. Der Aschermittwoch war für die CDU-Minister offensichtlich kein Tag der Einkehr und der Besinnung. Ganz im Gegenteil, gleich drei an der Zahl haben sich an diesem Tage bemüht, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Bundesaussenminister von Brentano sprach über die Beziehungen zur Sowjetunion ganz im Gegensatz zum letzten Brief des Bundeskanzlers wieder in der "Todfeind-Manier" und Bundeswirtschaftsminister Erhard entdeckte wieder einmal die Lohn-Preis-Spirale, obwohl erst umgekehrt ein Schuh daraus wird. Am schlimmsten aber wütete wieder Bundesverteidigungsminister Strauß, der nach dem Gesetz der Serie wieder einmal auf bayerischem Boden ausgerutscht ist. Auf dem traditionellen politischen Aschermittwoch in Vilshofen tönte er in Kraftmaiererei: "Wir haben nicht Angst vor der Roten Armee".

Man könnte die Geschichte zurückverfolgen und Bände mit diesen Sprüchen füllen, die von "Die Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt" bis zu den "Ausradierern" gehen. Immer hat das deutsche

Volk diese Kraftmeierei mit einem Meer von Blut und Tränen bezahlen müssen. Auch hier kann man wieder nur feststellen, das auch den militärpolitischen Laien klar sein sollte, dass keine noch so starke deutsche Bundeswehr und kein NATO-Bündnis im Atomzeitalter in der Lage sind, den deutschen Volke tatsächlich Sicherheit und Ruhe zu geben, ganz abgesehen davon, dass eine solche Politik kaltblütig 18 Millionen Deutsche in der sowjetischen Besatzungszone abschneibt. Gerade weil diese Rote Armee in nicht zu unterschätzenden Teilen auf deutschem Boden steht, befürwortet ja die Sozialdemokratie eine Politik der kollektiven Sicherheit, die dazu führen könnte, dass diese gefährdete Armee Deutschland verlässt und 70 Millionen Deutschen Schutz in einem grösseren und umfassenderen Bündnis finden, als es je ein Militärblock bieten kann.

Aber alles das will Franz Josef Strauss nicht sehen, der statt Politik zu treiben mit Kraftmeierei prahlt. Es gibt nicht wenige, die bei diesen und bei ähnlichen Anlässen immer wieder besorgnigten und auf die Jugend und das Überschwügende Temperament dieses Ministers hinweisen. Man sollte es sich nicht so leicht machen, denn der Minister ist alt genug und allein sein Amt sollte sein Temperament zügeln. Aus ihm spricht auch nicht nur Temperament und Jugend, sondern was er in Vilshofen und kürzlich erst in Leerhannstadt (Franken) erklärt hat, als er meinte, die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen reicht aus, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können, ist der Ausdruck seiner inneren politischen Gesinnung. Gerade aus diesem Grunde ist dieser Minister politisch so ernst zu nehmen, denn seine Politik ist eine Gefahr nicht nur für die Wiedervereinigung, sondern auch für die Bundesrepublik selbst; er redet schliesslich nicht nur um seinen, sondern auch um unser aller Kopf und Kragen.

Wer das nicht erkennt, der wird eines Tages innenpolitisch erleben können, dass die Bundesrepublik mit ihm einer Salazar-Demokratie zusteuert und aussenpolitisch erneut das Vabanque-Spiel betreiben kann, das Deutschland schon oft genug um den Rand eines Abgrundes gebracht hat.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel